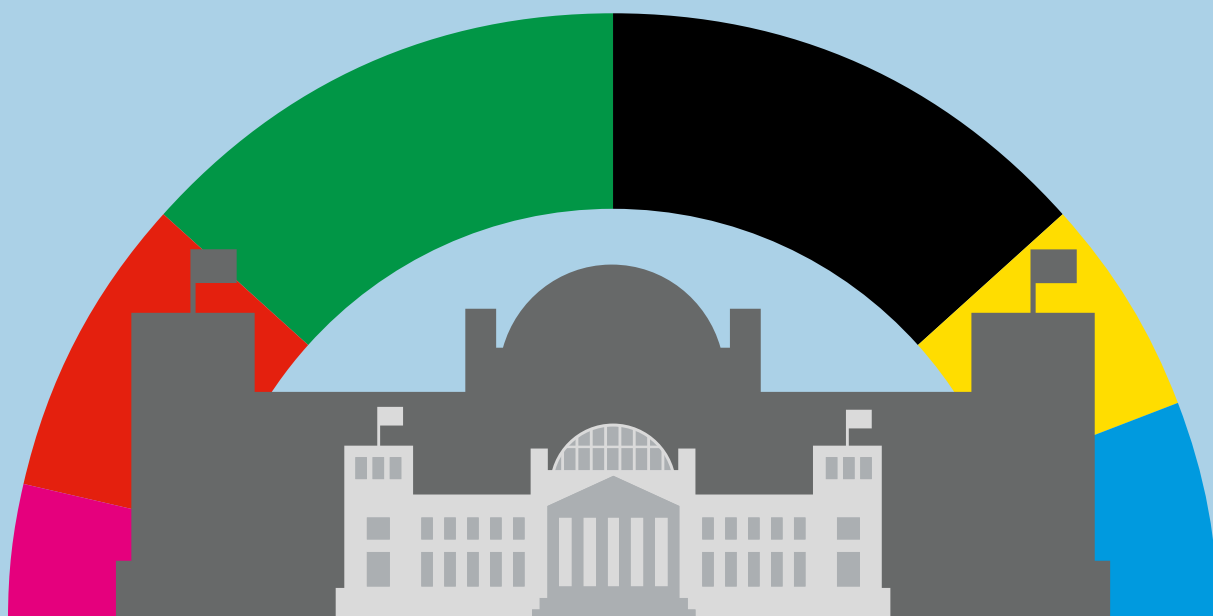


#Mandaterechner

Wie groß wird der Bundestag?



Ausgabe 1 | 2021

Wie groß wird der Bundestag?

Ergebnisse einer Projektionsrechnung

Robert Vehrkamp

Impressum

© Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Juli 2021

Verantwortlich

Dr. Robert Vehrkamp
Christina Tillmann

Inhaltliche Mitarbeit

Lars Bischoff
Matthias Moehl

Redaktionelle Unterstützung

Gaëlle Beckmann
Sandra Stratos

Gestaltung

Markus Diekmann, Bielefeld

DOI 10.11586/2021065



Autor

Dr. Robert Vehrkamp

ist Senior Advisor der Bertelsmann Stiftung im Programm „Zukunft der Demokratie“ und war Gastwissenschaftler der Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“ am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB). Im Juni 2021 wurde er als Sachverständiger in die Kommission des Deutschen Bundestages zur Reform des Bundeswahlrechts und zur Modernisierung der Parlamentsarbeit berufen.

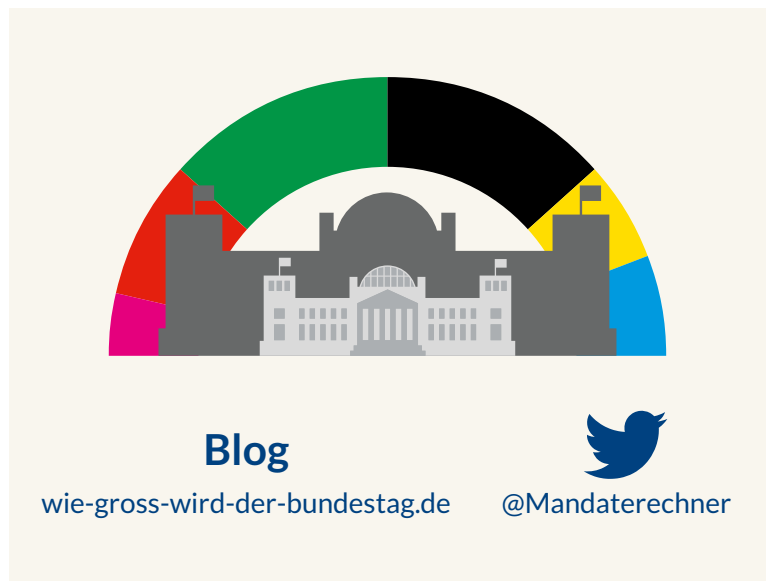
robert.vehrkamp@bertelsmann-stiftung.de

Was ist und was kann der #Mandatrechner?

Mit dem #Mandatrechner lassen sich Projektionsrechnungen zur Größe des Bundestages nach der Bundestagswahl 2021 durchführen. Auf der Grundlage des aktuellen Umfragetrends und in Abhängigkeit von konkreten Annahmen über das Splittingverhalten der Wähler:innen zwischen Erst- und Zweitstimme sowie unter Berücksichtigung des regionalen Wahlverhaltens und der Kandidaturen in den 299 Wahlkreisen wird nach den Regeln des derzeit geltenden Wahlrechts die daraus resultierende Größe des Bundestages ermittelt. Der Umfragetrend entspricht dem Durchschnitt aktueller Umfragen zur Wahlabsicht bei der Bundestagswahl. Die Splittingsszenarien zeigen vorstellbare Konstellationen im Splittingverhalten der Wähler:innen. Die gewählten Szenarien zeigen exemplarisch welche Splittingkonstellationen zu welchen Bundestagsvergrößerungen führen. Der Umfragetrend und die Berechnungen der Bundestagsgrößen werden im Auftrag der Bertelsmann Stiftung von election.de durchgeführt. Nähere Erläuterungen dazu finden Sie im methodischen Anhang dieser Broschüre (S. 23).

Zum Verständnis und zur Anwendung des #Mandatrechner ist wichtig: Der #Mandatrechner will und kann keine Prognosen machen, weder zum Wahlergebnis noch zum Splittingverhalten und folglich auch nicht über die Größe des Bundestages nach der Bundestagswahl 2021. Der #Mandatrechner projiziert vielmehr exemplarisch einen jeweils aktuell gegebenen Umfragetrend für das Zweitstimmenergebnis in Verbindung mit spezifischen Annahmen für das Splittingverhalten auf die geltenden Regeln des Bundeswahlrechts über die Umrechnung der Stimmerngebnisse in die Mandatsverteilung und berechnet für derartige Szenarien dann die daraus resultierende Bundestagsgröße. Er prognostiziert also auch nicht, was voraussichtlich bei der Bundestagswahl 2021 passieren wird, sondern zeigt, was passieren könnte, wenn sich im geltenden Wahlrecht gegebene Zweitstimmenergebnisse mit unterschiedlichen Splittingannahmen verbinden.

Der #Mandatrechner erweitert damit bisher vorliegende Berechnungsmodelle um die Variable des Splittingverhaltens. Anstatt mit einer konkreten Annahme über das Splittingverhalten zu arbeiten und die Größe des Bundestages dann in Abhängigkeit vom Zweitstimmenergebnis zu berechnen, ermöglicht der #Mandatrechner auch die Variation des Splittingverhaltens für einen gegebenen Umfragetrend.



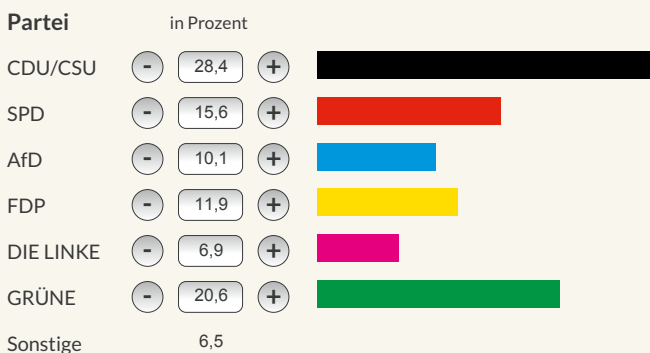
Eine interaktive Publikumsvariante des #Mandatrechner finden Sie im Blog „Wie groß wird der Bundestag? (www.wie-gross-wird-der-bundestag.de). Dort findet sich auch der Zugang zum interaktiven Expert:innentool des #Mandatrechner. Im Expert:innentool sind eigene Szenarien sowohl für das bundesweite Zweitstimmenergebnis wie auch für das Splittingverhalten frei definierbar, für die das Tool dann die sich daraus ergebenden Bundestagsgrößen berechnet. Für Aktualisierungen, Hinweise und Kommentare zum #Mandatrechner können Sie dem Autor auf Twitter folgen ([@Mandatrechner](https://twitter.com/Mandatrechner)).

Wie groß wird der Bundestag?

Vier Projektionen auf Grundlage des aktuellen Umfragetrends

(Stand: 25. Juni 2021)

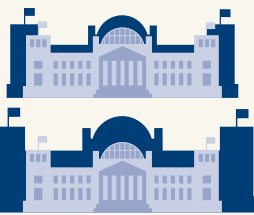
ABBILDUNG 1 Umfragetrend* am 25. Juni 2021



Szenario 1: Regelgröße
598 Mandate



Szenario 2: L-Bundestag
710 Mandate



Szenario 3: XL-Bundestag
857 Mandate



Szenario 4: XXL-Bundestag
963 Mandate

Quelle: election.de im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Der #Mandaterechner der Bertelsmann Stiftung ermöglicht es, für einen gegebenen Umfragetrend und in Abhängigkeit vom Splittingverhalten der Wähler:innen die Größe des Deutschen Bundestages nach der Bundestagswahl 2021 zu berechnen. Er erweitert damit den Blickwinkel bisheriger Ansätze um die Variation des Splittingverhaltens der Erststimmen: Wie wirken sich, bei einem gegebenen Umfragetrend, unterschiedliche Annahmen über das Splittingverhalten der Wähler:innen auf die Größe des Deutschen Bundestages aus?

Dabei zeigt sich: Das geltende Wahlrecht macht die Größe des Bundestages nicht nur vom Zweitstimmenergebnis, sondern vergleichbar stark auch vom Splittingverhalten der Wähler:innen abhängig. Die Größe des Bundestages wird damit zu einem Vabanquespiel. Es gibt keine vermeintlich „sicheren“ Zweitstimmenergebnisse mit gerade noch akzeptablen Bundestagsgrößen, weil sich, je nach Splittingverhalten der Wähler:innen, für ein und denselben Zweitstimmenergebnis ganz unterschiedliche Bundestagsgrößen ergeben. Und die Risikomarge dafür liegt nicht zwischen 650 und 750 Mandaten, sondern eher zwischen 600 und mehr als 1.000 Abgeordneten.

Das zeigen exemplarisch die hier für den aktuellen Umfragetrend bei den Zweitstimmen vorgestellten Szenarien, die sich lediglich durch unterschiedliche Annahmen zum Splittingverhalten unterscheiden, aber zu Bundestagsgrößen zwischen 598 und 963 Mandaten führen:

* Der Umfragetrend entspricht dem von election.de ermittelten Wahlrend zur Bundestagswahl 2021. Der Wahlrend wird berechnet als arithmetisches Mittel aktueller Umfragen zur Ermittlung der Wahlabsicht bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 („Sonntagsfrage“). Der hier verwendete Umfragetrend vom 25. Juni 2021 enthält insgesamt sieben Umfragen aus der Zeit vom 15. bis 25. Juni 2021.

Im **Szenario 1** wird die Regelgröße des Bundestages von **598** Abgeordneten erreicht. Dazu musste allerdings ein exemplarisches Splittingverhalten unterstellt werden, das es so für alle Parteien außer der AfD noch nie gegeben hat. Nur wenn so wenige Unionswähler:innen ihre Partei mit beiden Stimmen wählen wie seit 1953 nicht mehr, gleichzeitig nur etwa halb so viele FDP-Wähler:innen zugunsten der Union splitten, wie bei der Bundestagswahl 2013, und fast 80 Prozent (statt 50 Prozent) der Grünen-Wähler:innen mit beiden Stimmen Grün wählen, würde beim derzeitigen Umfragetrend der Bundestag seine Regelgröße von 598 erreichen. Trotz der Direktmandatsgewinne von SPD (33) und Grünen (100) würden bei der CDU 16 Überhangmandate anfallen, die allerdings durch Listenmandate anderer CDU-Landesverbände kompensiert und deshalb zu keiner Vergrößerung des Bundestages führen würden. Aufgrund der sehr unplausiblen Splittingannahmen lautet das Gesamturteil für dieses Szenario allerdings: Ein Bundestag in der Regelgröße von 598 Mandaten wäre zwar wünschenswert, ist beim derzeitigen Umfragetrend aber extrem unwahrscheinlich.

Im **Szenario 2** vergrößert sich der Bundestag auf **710** Mandate ähnlich stark wie nach der Bundestagswahl 2017. Das Minimalziel der Wahlrechtsreform, dass der Bundestag nicht noch größer wird, würde gerade noch erreicht. Dennoch erscheint auch das derzeit eher unwahrscheinlich, weil auch dafür ein sehr ungewöhnliches Splittingverhalten erforderlich wäre: Nur gut drei Viertel statt der üblichen etwa 90 Prozent der Unionswähler:innen dürften mit ihrer Erst- und Zweitstimme die Union wählen. Gleichzeitig dürften nicht mehr als 39 Prozent der FDP-Wähler:innen zugunsten der Union splitten (statt 63 Prozent bei der Bundestagswahl 2013), und fast drei Viertel (statt wie üblich etwa nur die Hälfte) aller Grünen-Wähler:innen müssten mit beiden Stimmen Grün wählen. Damit würden die gewonnenen Direktmandate von SPD (24) und Grünen (57) die Überhangmandate der CDU auf 33 und die notwendige Vergrößerung auf 710 Mandate begrenzen. Aufgrund der sehr ungewöhnlichen Splittingannahmen lautet das Gesamturteil jedoch auch für dieses Szenario: Ein Bundestag mit etwa 710 Abgeordneten erscheint derzeit zwar nicht unmöglich, ist aber eher unwahrscheinlich.

Im **Szenario 3** bläht sich der Bundestag auf **857** Mandate auf, ohne dass dafür besonders auffällige oder unplausible Splittingannahmen getroffen werden müssten: Die Unionswähler:innen würden sich in etwa wie bei der letzten Bundestagswahl verhalten und zu 85 Prozent mit beiden Stimmen ihre Partei wählen. Gleichzeitig würde fast die Hälfte (46 Prozent) aller FDP-Wähler:innen mit der Erststimme die Union wählen, noch immer deutlich weniger als 2005 (60 Prozent) und 2013 (63 Prozent). Zusätzlich würden prozentual ähnlich viele Wähler:innen der Grünen wie 2017 (15 statt 14 Prozent) mit ihrer Erststimme die Union wählen. Insgesamt würde das zu 69 Überhangmandaten für die CDU führen, deren Ausgleich den Bundestag dann auf 857 Mandate aufbläht. Das Gesamturteil für dieses Szenario lautet deshalb: Ein Bundestag mit etwa 857 Mandaten wäre nach den selbstgesetzten Maßstäben der Wahlrechtsreform zwar inakzeptabel, ist aber beim derzeitigen Umfragetrend nicht unwahrscheinlich.

Im **Szenario 4** explodiert der Bundestag auf **963** Mandate, erreicht also fast sogar die Schwelle eines „Bundestages der Tausend“. Dennoch bleiben die dafür notwendigen Splittingannahmen im Rahmen des plausibel Vorstellbaren: Die Unionswähler:innen würden in historisch gewohnter Manier zu 92 Prozent mit beiden Stimmen für ihre Partei stimmen. Gleichzeitig würden die FDP-Wähler:innen ähnlich wie 2005 und 2013 zu 63 Prozent zugunsten der Union splitten. Und von den Grünen-Wähler:innen würden das 21 Prozent tun, dabei vor allem die Neuwähler:innen der Grünen aus dem Unionslager. Bereits 2017 haben das 14 Prozent der alten Grünen-Wähler:innen gemacht, und zuzüglich vieler Neuwähler:innen aus dem Unionslager, die aber vorerst ihre Erststimme bei der Union lassen, ist eine Quote von 21 Prozent schon erreicht. Zusammengenommen führen diese Splittingannahmen dann zu insgesamt 93 Überhangmandaten allein der CDU, deren Ausgleich den Bundestag auf knapp unter 1.000 Mandaten explodieren lässt. Aufgrund der leider nicht von vornherein unplausiblen Splittingannahmen lautet das Gesamturteil zu diesem Extremszenario: Ein Bundestag mit fast 1.000 Abgeordneten wäre für seine Reputation und Arbeitsfähigkeit zwar extrem schädlich, ist aber derzeit nicht auszuschließen.

Szenario 1: Regelgröße-Bundestag mit 598 Mandaten

ABBILDUNG 2 Szenario 1: Umfragetrend und Sitzverteilung

Partei	Umfragetrend in Prozent	Direktmandate	Sitze gesamt
CDU/CSU	- 28,4 +	155	181
SPD	- 15,6 +	33	100
AfD	- 10,1 +	8	65
FDP	- 11,9 +	0	76
DIE LINKE	- 6,9 +	3	44
GRÜNE	- 20,6 +	100	132
Sonstige	6,5		
Gesamt		299	598

Die unterschiedlichen Schattierungen der Balken zeigen das Verhältnis der Direkt- und Listenmandate für jede Partei.

Quelle: election.de im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Dass der Bundestag beim derzeitigen Umfragetrend seine Regelgröße von 598 Mandaten erreicht, erscheint nahezu ausgeschlossen. Nur im Falle eines extrem ungewöhnlich und historisch noch nie dagewesenen Splittingverhaltens wäre das gewährleistet. Alle der folgenden exemplarischen Annahmen müssten gleichzeitig erfüllt sein:

- Acht von zehn Wähler:innen der Grünen (79 Prozent) müssten auch mit ihrer Erststimme Grün wählen, statt wie bisher nur etwa die Hälfte von ihnen. Erst dann würden die Grünen genug Direktmandate gewinnen, um das Entstehen von Überhangmandaten vor allem bei der CDU/CSU zu vermeiden. Aber wie realistisch ist ein solches Szenario? Um das zu erreichen, müssten etwa die Hälfte der Stammwähler:innen der Grünen auf ihr gewohntes Splitting verzichten und diesmal mit beiden Stimmen Grün wählen. Zusätzlich müssten etwa drei Viertel ihrer Neuwähler:innen von vornherein mit beiden Stimmen Grün wählen.
- Nur noch gut sieben von zehn (72 Prozent) der Wähler:innen von CDU/CSU und SPD dürften mit beiden Stimmen ihre Partei wählen. Traditionell lagen diese Werte für die beiden alten Volksparteien bei mehr als 90 Prozent und trotz leicht sinkendem Trend, auch bei der

ABBILDUNG 3 Splittingszenario 1: Verteilung der Erststimmen (=Zeilen) nach Zweitstimmen-Wähler:innen einer Partei

In Prozent

Partei	CDU/CSU	SPD	AfD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	Sonstige
CDU/CSU	- 72 +	- 5 +	- 1 +	- 3 +	- 1 +	- 17 +	1
SPD	- 6 +	- 72 +	- 1 +	- 1 +	- 3 +	- 16 +	1
AfD	- 7 +	- 5 +	- 79 +	- 3 +	- 3 +	- 0 +	3
FDP	- 34 +	- 8 +	- 2 +	- 51 +	- 1 +	- 2 +	2
DIE LINKE	- 5 +	- 10 +	- 2 +	- 1 +	- 66 +	- 13 +	3
GRÜNE	- 5 +	- 9 +	- 0 +	- 1 +	- 4 +	- 79 +	2

Quelle: election.de im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

letzten Bundestagswahl noch bei 86 Prozent (CDU/CSU) und 82 Prozent (SPD). Gleichzeitig müsste jeweils etwa ein Sechstel von ihnen (17 Prozent bei der Union und 16 Prozent bei der SPD) zugunsten der Grünen splitten, was bisher fast niemand von ihnen getan hat. Für die Union würde ein solches Szenario bedeuten, mehr Zweitstimmen als Erststimmen zu bekommen, was allerdings seit 1953 bei keiner Bundestagswahl mehr geschehen ist. Ihre dennoch in einzelnen Ländern anfallenden 16 Überhangmandate würden durch die Streichung von Listenmandate anderer CDU-Landesverbände kompensiert und deshalb zu keiner Vergrößerung des Bundestages führen.

- Darüber hinaus dürfte nur etwa ein Drittel (34 Prozent) der FDP-Wähler:innen mit ihrer Erststimme für die Union stimmen. Bei der Bundestagswahl 2005 lag der Splittinganteil zugunsten der Union noch bei 60 Prozent aller FDP-Wähler:innen, und 2013 sogar bei 63 Prozent.
- Die Wähler:innen der Linken müssten im Vergleich zur Bundestagswahl 2017 deutlich weniger stark für die SPD (10 statt 16 Prozent) und stattdessen etwa doppelt so stark zugunsten der Grünen splitten (13 statt 7 Prozent).
- Die Wähler:innen der AfD würden unverändert zu mehr als drei Viertel (79 Prozent) mit beiden Stimmen die AfD wählen.

Nur wenn alle der genannten Annahmen gleichzeitig erfüllt sind, würde sich exemplarisch eine Wahlergebniskonstellation ergeben, bei der die Regelgröße des Bundestages eingehalten wird. Für alle Parteien außer der AfD müsste dafür ein Splittingverhalten ihrer Wähler:innen unterstellt werden, das es so noch nie gegeben hat. Das Gesamturteil für dieses Szenario lautet deshalb: Ein Bundestag in der Regelgröße von 598 Mandaten wäre zwar wünschenswert, ist beim derzeitigen Umfragetrend aber extrem unwahrscheinlich.

TABELLE 1 Szenario 1: Direktmandate und Sitzverteilung

BUNDESLAND	Direktmandate für die Bundestagswahl 2021 (Wahlkreisgewinner)						Sitzverteilung für die Bundestagswahl 2021 (endgültig – 598 Sitze insgesamt)					
	CDU/ CSU*	SPD	AfD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	CDU/ CSU**	SPD	AfD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE
Gesamt	155	33	8	0	3	100	181	100	65	76	44	132
Schleswig-Holstein	6	0	0	0	0	5	7	4	1	3	1	6
Mecklenburg-Vorpommern	6 (2)	0	0	0	0	0	6	2	2	1	2	1
Hamburg	0	2	0	0	0	4	2 (-1)	3	1	2	1	4
Niedersachsen	12	8	0	0	0	10	16 (-3)	14	4	6	3	12
Bremen	0	0	0	0	0	2	1	1	0	1	1	2
Brandenburg	8 (3)	0	1	0	0	1	8	3	4	2	3	2
Sachsen-Anhalt	9 (4)	0	0	0	0	0	9	2	3	2	3	1
Berlin	0	0	0	0	3	9	4 (-1)	3	2	2	4	9
Nordrhein-Westfalen	34	18	0	0	0	12	36 (-2)	27	10	19	7	23
Sachsen	7	0	6	0	0	3	8	3	9	3	4	4
Hessen	8	4	0	0	0	10	10 (-2)	8	4	6	3	10
Thüringen	6 (2)	0	1	0	0	1	6	2	4	2	2	2
Rheinland-Pfalz	13 (3)	1	0	0	0	1	13	6	3	4	1	6
Bayern	32	0	0	0	0	14	34	11	9	11	4	21
Baden-Württemberg	10	0	0	0	0	28	17 (-7)	9	8	11	4	28
Saarland	4 (2)	0	0	0	0	0	4	2	1	1	1	1

* Überhangmandate in Klammern (= auf Landesebene durch Zweitstimmen nicht gedeckte Direktmandate)

** Verrechnete Mandate in Klammern (= Unterschreitung der endgültigen Sitzzahl eines Landesverbands gegenüber den Ansprüchen aus der ersten Verteilstufe)

Quelle: election.de im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Szenario 2: L-Bundestag mit 710 Mandaten

ABBILDUNG 4 Szenario 2: Umfragetrend und Sitzverteilung

Partei	Umfragetrend in Prozent	Direktmandate	Sitze gesamt
CDU/CSU	- 28,4 +	211	218
SPD	- 15,6 +	24	118
AfD	- 10,1 +	4	76
FDP	- 11,9 +	0	90
DIE LINKE	- 6,9 +	3	52
GRÜNE	- 20,6 +	57	156
Sonstige	6,5		
Gesamt		299	710

Die unterschiedlichen Schattierungen der Balken zeigen das Verhältnis der Direkt- und Listenmandate für jede Partei.

Quelle: election.de im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Als Minimalziel der Wahlrechtsreform galt, dass der nächste Bundestag zumindest nicht größer als der bisherige wird (709 Mandate). Dass wenigstens dieses Minimalziel erreicht wird, erscheint beim derzeitigen Umfragetrend jedoch ebenfalls eher unwahrscheinlich. Alle der folgenden exemplarischen Annahmen müssten dafür gleichzeitig erfüllt sein:

- Fast drei Viertel (73 Prozent) aller Wähler:innen der Grünen müssten auch mit ihrer Erststimme Grün wählen, statt wie bisher nur etwa die Hälfte von ihnen. Dann würden die Grünen immerhin noch genug Wahlkreise gewinnen, um das Entstehen von Überhangmandaten bei der CDU auf 33 (von insgesamt 211 Direktmandaten der Union) zu begrenzen. Um diese Überhangmandate auszugleichen, wäre ein auf insgesamt 710 Mandate vergrößerter Bundestag erforderlich. Schon dafür müssten aber etwa die Hälfte der Stammwähler:innen der Grünen ihr gewohntes Splittingverhalten verändern, und bei dieser Bundestagswahl auch mit ihrer Erststimme Grün wählen. Gleichzeitig müssten mehr als die Hälfte ihrer Neuwähler:innen den Grünen von vornherein beide Stimmen geben, anstatt mit der Erststimme zunächst bei ihrer gewohnten Partei zu bleiben („Klebeeffekt“). Auch das würde eine massive und erfolgreiche Erststimmekampagne der Grünen voraussetzen.

ABBILDUNG 5 Splittingszenario 2: Verteilung der Erststimmen (=Zeilen) nach Zweitstimmen-Wähler:innen einer Partei

In Prozent

Partei	CDU/CSU	SPD	AfD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	Sonstige
CDU/CSU	- 77 +	- 5 +	- 1 +	- 3 +	- 1 +	- 12 +	1
SPD	- 6 +	- 72 +	- 1 +	- 1 +	- 3 +	- 16 +	1
AfD	- 7 +	- 5 +	- 79 +	- 3 +	- 3 +	- 0 +	3
FDP	- 39 +	- 8 +	- 2 +	- 46 +	- 1 +	- 2 +	2
DIE LINKE	- 5 +	- 10 +	- 2 +	- 1 +	- 68 +	- 11 +	3
GRÜNE	- 11 +	- 9 +	- 0 +	- 1 +	- 4 +	- 73 +	2

Quelle: election.de im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

- Nur noch gut drei Viertel (77 Prozent) der Unionswähler:innen und 72 Prozent der SPD-Wähler:innen dürften mit beiden Stimmen ihre Partei wählen. Traditionell lagen diese Werte für die beiden alten Volksparteien bei mehr als 90 Prozent, und trotz leicht sinkendem Trend auch bei der letzten Bundestagswahl noch bei 86 Prozent (CDU/CSU) und 82 Prozent (SPD). Gleichzeitig müssten immerhin 12 Prozent der Unionswähler:innen und 16 Prozent der SPD-Wähler:innen zugunsten der Grünen splitten, was bisher fast niemand von ihnen getan hat.
- Darüber hinaus dürften nur weniger als vier von zehn (39 Prozent) der FDP-Wähler:innen mit ihrer Erststimme für die Union stimmen, statt wie im Durchschnitt der letzten vier Bundestagswahlen etwas mehr als die Hälfte. Bei den Bundestagswahlen 2005 lag der Splittinganteil zugunsten der Union noch bei 60 Prozent aller FDP-Wähler:innen, und 2013 sogar bei 63 Prozent.
- Die Wähler:innen der Linken müssten im Vergleich zur Bundestagswahl 2017 deutlich weniger stark zugunsten der SPD (10 statt 16 Prozent) und deutlich stärker zugunsten der Grünen splitten (11 statt 7 Prozent).
- Die Wähler:innen der AfD würden unverändert zu mehr als drei Viertel (79 Prozent) mit beiden Stimmen die AfD wählen.

Nur wenn alle der genannten Annahmen gleichzeitig erfüllt sind, würde der nächste Bundestag zumindest nicht größer als der jetzige. Für alle Parteien außer der AfD müsste dafür allerdings ein Splittingverhalten ihrer Wähler:innen unterstellt werden, das deutlich von ihrem bisherigen abweicht. Das Gesamturteil für dieses Szenario lautet deshalb: Ein Bundestag mit etwa 710 Abgeordneten erscheint beim derzeitigen Umfragetrend nicht unmöglich, ist aber eher unwahrscheinlich.

TABELLE 2 Szenario 2: Direktmandate und Sitzverteilung

BUNDESLAND	Direktmandate für die Bundestagswahl 2021 (Wahlkreisgewinner)						Sitzverteilung für die Bundestagswahl 2021 (endgültig – 710 Sitze insgesamt)					
	CDU/ CSU*	SPD	AfD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	CDU/ CSU**	SPD	AfD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE
Gesamt	211	24	4	0	3	57	218	118	76	90	52	156
Schleswig-Holstein	8 (1)	0	0	0	0	3	8	5	2	4	1	7
Mecklenburg-Vorpommern	6 (2)	0	0	0	0	0	6	2	3	1	2	1
Hamburg	0	2	0	0	0	4	2 (-1)	3	1	2	1	4
Niedersachsen	19	6	0	0	0	5	19	16	5	8	4	16
Bremen	0	0	0	0	0	2	1	1	0	1	1	2
Brandenburg	9 (4)	0	0	0	0	1	9	3	4	2	4	3
Sachsen-Anhalt	9 (4)	0	0	0	0	0	9	3	4	2	3	1
Berlin	2	0	0	0	3	7	4 (-1)	4	3	3	5	8
Nordrhein-Westfalen	43 (5)	14	0	0	0	7	43	32	11	23	8	31
Sachsen	10 (2)	0	4	0	0	2	10	4	10	4	5	4
Hessen	16 (4)	2	0	0	0	4	16	10	5	7	3	13
Thüringen	8 (4)	0	0	0	0	0	8	2	4	2	3	2
Rheinland-Pfalz	14 (4)	0	0	0	0	1	14	7	3	4	2	8
Bayern	38 (4)	0	0	0	0	8	40	13	11	13	5	28
Baden-Württemberg	25 (1)	0	0	0	0	13	25	11	9	13	4	26
Saarland	4 (2)	0	0	0	0	0	4	2	1	1	1	2

* Überhangmandate in Klammern (= auf Landesebene durch Zweitstimmen nicht gedeckte Direktmandate)

** Verrechnete Mandate in Klammern (= Unterschreitung der endgültigen Sitzzahl eines Landesverbands gegenüber den Ansprüchen aus der ersten Verteilstufe)

Quelle: election.de im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Szenario 3: XL-Bundestag mit 857 Mandaten

ABBILDUNG 6 Szenario 3: Umfragetrend und Sitzverteilung

Partei	Umfragetrend in Prozent	Direktmandate	Sitze gesamt
CDU/CSU	- 28,4 +	255	263
SPD	- 15,6 +	19	142
AfD	- 10,1 +	2	92
FDP	- 11,9 +	0	109
DIE LINKE	- 6,9 +	3	63
GRÜNE	- 20,6 +	20	188
Sonstige	6,5		
Gesamt		299	857

Die unterschiedlichen Schattierungen der Balken zeigen das Verhältnis der Direkt- und Listenmandate für jede Partei.

Quelle: election.de im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Auch ein XL-Bundestag mit mehr als 850 Mandaten ist beim derzeitigen Umfragetrend nicht unwahrscheinlich. Schon die folgenden exemplarischen Annahmen zum Splittingverhalten der Wähler:innen wären ausreichend, um eine derartige Aufblähung des Bundestages herbeizuführen:

- Die Unionswähler:innen verhalten sich beim Stimmensplitting in etwa wie bei der letzten Bundestagswahl und wählen zu 85 Prozent mit beiden Stimmen ihre Partei (2017: 86 Prozent). Das Muster ihres Splittingverhaltens würde damit dem Muster nahezu aller früheren Bundestagswahlen entsprechen.
- Gleichzeitig splitten fast die Hälfte (46 Prozent) aller FDP-Wähler:innen zugunsten der Union, wählen also mit ihrer Erststimme im Wahlkreis die Kandidat:innen der CDU/CSU. Damit läge ihre Splittingquote zugunsten der Union unter dem Durchschnitt der vergangenen vier Bundestagswahlen und noch deutlich unterhalb der Werte bei den Bundestagswahlen 2005 (60 Prozent) und 2013 (63 Prozent).
- Von den Wähler:innen der Grünen geben prozentual in etwa so viele ihre Erststimme der Union wie bei der Bundestagswahl 2017 (15 statt 14 Prozent). Dafür müssten nur diejenigen

ABBILDUNG 7 Splittingszenario 3: Verteilung der Erststimmen (=Zeilen) nach Zweitstimmen-Wähler:innen einer Partei

In Prozent

Partei	CDU/CSU	SPD	AfD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	Sonstige
CDU/CSU	- 85 +	- 5 +	- 1 +	- 3 +	- 1 +	- 4 +	1
SPD	- 6 +	- 80 +	- 1 +	- 1 +	- 3 +	- 8 +	1
AfD	- 7 +	- 5 +	- 79 +	- 3 +	- 3 +	- 0 +	3
FDP	- 46 +	- 8 +	- 2 +	- 39 +	- 1 +	- 2 +	2
DIE LINKE	- 5 +	- 10 +	- 2 +	- 1 +	- 71 +	- 8 +	3
GRÜNE	- 15 +	- 9 +	- 0 +	- 1 +	- 4 +	- 69 +	2

Quelle: election.de im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Stammwähler:innen der Grünen mit ihrer Erststimme die Union wählen, die das auch 2017 schon getan haben, plus etwa ein Sechstel ihrer Neuwähler:innen. Kommen ein Drittel ihrer Neuwähler:innen aus dem Unionslager, müsste also nur etwa jeder Zweite von ihnen seine Erststimme wie gewohnt bei der Union lassen, also anstatt gleich mit beiden Stimmen zunächst nur mit der Zweitstimme zu den Grünen wechseln. Gleichzeitig müssten 69 Prozent aller Grünen-Wähler:innen mit ihrer Erst- und Zweitstimme Grün wählen, also realisieren, dass ihre Partei bei einem mehr als doppelt so hohen Zweitstimmenergebnis auch deutlich bessere Chancen hat, Wahlkreise zu gewinnen. Bei den letzten drei Bundestagswahlen haben noch fast die Hälfte ihrer Wähler:innen zugunsten einer anderen Partei (vor allem der SPD) gesplittet, vor allem weil sie die Aussichten ihrer eigenen Wahlkreiskandidat:innen bei Umfragewerten von 8 bis 9 Prozent für aussichtslos hielten.

- Das Splittingverhalten von SPD und Linkspartei bleibt sehr weitgehend unverändert, bis auf etwas mehr Wähler:innen der SPD die zugunsten der Grünen splitten (8 statt 4 Prozent) und etwas weniger Wähler:innen der Linken die zugunsten der SPD splitten (10 statt 16 Prozent).
- Das Splittingverhalten der AfD-Wähler:innen bliebe gegenüber der Bundestagswahl 2017 unverändert.

Allein diese Annahmen würden beim derzeitigen Umfragetrend eine Aufblähung des Bundestages bis auf 857 Mandate bewirken. Dafür muss für keine der Parteien ein unplausibel verändertes oder extremes Splittingverhalten unterstellt werden. Das Gesamturteil für dieses Szenario lautet deshalb: Ein Bundestag mit bis zu 857 Mandaten wäre nach den selbstgesetzten Maßstäben der Wahlrechtsreform zwar inakzeptabel, ist aber beim derzeitigen Umfragetrend nicht unwahrscheinlich.

TABELLE 3 Szenario 3: Direktmandate und Sitzverteilung

BUNDESLAND	Direktmandate für die Bundestagswahl 2021 (Wahlkreisgewinner)						Sitzverteilung für die Bundestagswahl 2021 (endgültig – 857 Sitze insgesamt)					
	CDU/ CSU*	SPD	AfD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	CDU/ CSU**	SPD	AfD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE
Gesamt	255	19	2	0	3	20	263	142	92	109	63	188
Schleswig-Holstein	10 (3)	0	0	0	0	1	10	6	2	5	2	9
Mecklenburg-Vorpommern	6 (2)	0	0	0	0	0	6	2	3	1	3	2
Hamburg	0	2	0	0	0	4	2 (-1)	4	1	2	2	5
Niedersachsen	27 (8)	3	0	0	0	0	27	19	6	10	4	20
Bremen	0	1	0	0	0	1	1	1	0	1	1	2
Brandenburg	10 (5)	0	0	0	0	0	10	4	5	3	4	3
Sachsen-Anhalt	9 (4)	0	0	0	0	0	9	3	5	2	4	2
Berlin	3	0	0	0	3	6	4 (-1)	5	3	4	5	10
Nordrhein-Westfalen	53 (15)	10	0	0	0	1	53	39	14	28	10	38
Sachsen	14 (6)	0	2	0	0	0	14	4	12	5	6	5
Hessen	18 (6)	3	0	0	0	1	18	12	6	8	4	15
Thüringen	8 (4)	0	0	0	0	0	8	3	5	2	4	2
Rheinland-Pfalz	15 (5)	0	0	0	0	0	15	8	4	5	2	9
Bayern	45 (11)	0	0	0	0	1	49	15	14	16	6	33
Baden-Württemberg	33 (9)	0	0	0	0	5	33	14	11	16	5	31
Saarland	4 (2)	0	0	0	0	0	4	3	1	1	1	2

* Überhangmandate in Klammern (= auf Landesebene durch Zweitstimmen nicht gedeckte Direktmandate)

** Verrechnete Mandate in Klammern (= Unterschreitung der endgültigen Sitzzahl eines Landesverbands gegenüber den Ansprüchen aus der ersten Verteilstufe)

Quelle: election.de im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Szenario 4: XXL-Bundestag mit 963 Mandaten

ABBILDUNG 8 Szenario 4: Umfragetrend und Sitzverteilung

Partei	Umfragetrend in Prozent	Direktmandate	Sitze gesamt
CDU/CSU	- 28,4 +	286	295
SPD	- 15,6 +	4	160
AfD	- 10,1 +	1	104
FDP	- 11,9 +	0	122
DIE LINKE	- 6,9 +	2	71
GRÜNE	- 20,6 +	6	211
Sonstige	6,5		
Gesamt		299	963

Die unterschiedlichen Schattierungen der Balken zeigen das Verhältnis der Direkt- und Listenmandate für jede Partei.

Quelle: election.de im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

Selbst ein XXL-Bundestag mit fast 1.000 Abgeordneten ist beim derzeitigen Umfragetrend nicht auszuschließen. Es sind noch nicht einmal sehr ungewöhnliche, unplausible oder extreme Annahmen für das Splittingverhalten der Wähler:innen erforderlich, damit sich ein solches für die Reputation und Arbeitsfähigkeit des Bundestages extrem schädliches Szenario realisiert:

- Die Stammwähler:innen einer auf 28,4 Prozent geschrumpften Union geben zu 92 Prozent ihre Erst- und Zweitstimme der Union. Historisch wäre das für CDU/CSU kein ungewöhnlicher Wert, nach 92, 92, 89, 92 und 87 Prozent bei den fünf letzten Bundestagswahlen. Jedenfalls wäre bei einem Wahlergebnis der Union von unter 30 Prozent die Annahme nicht unplausibel, dass ihre verbliebenen Stammwähler:innen eher traditionell agieren und ihre Partei ganz überwiegend mit beiden Stimmen wählen.
- Gleichzeitig stimmen knapp zwei Drittel (63 Prozent) aller FDP-Wähler:innen mit ihrer Erststimme im Wahlkreis für die Union. Das wäre ein Wert in etwa wie bei der Bundestagswahl 2005 (60 Prozent) und 2013 (63 Prozent). Auch hier zeigt sich, dass ein explodierender

ABBILDUNG 9 Splittingszenario 4: Verteilung der Erststimmen (=Zeilen) nach Zweitstimmen-Wähler:innen einer Partei

In Prozent

Partei	CDU/CSU	SPD	AfD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	Sonstige
CDU/CSU	- 92 +	- 1 +	- 1 +	- 3 +	- 1 +	- 1 +	1
SPD	- 6 +	- 80 +	- 1 +	- 1 +	- 3 +	- 8 +	1
AfD	- 7 +	- 5 +	- 79 +	- 3 +	- 3 +	- 0 +	3
FDP	- 63 +	- 6 +	- 2 +	- 24 +	- 1 +	- 2 +	2
DIE LINKE	- 5 +	- 10 +	- 2 +	- 1 +	- 73 +	- 6 +	3
GRÜNE	- 21 +	- 9 +	- 0 +	- 1 +	- 4 +	- 63 +	2

Quelle: election.de im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

Bundestag keine für die FDP-Wähler:innen unplausiblen Splittingannahmen braucht. Es reicht anzunehmen, dass sie sich so ähnlich verhalten werden wie 2005 und 2013.

- Zusätzlich wird angenommen, dass gut ein Fünftel der Wähler:innen der Grünen mit der Erststimme im Wahlkreis die Union wählen. Auch das ist zumindest keine von vornherein unplausible Annahme. Schon bei der letzten Bundestagswahl haben 14 Prozent der alten Grünen-Wähler:innen zugunsten der Union gesplittet. Nimmt man nun an, dass von den neuen Grünen-Wählerinnen etwa die Hälfte aus dem früheren Lager der Union kommt, und davon wiederum die Hälfte ihre Erststimmen aus Tradition und Gewohnheit zunächst bei der Union lässt, dann wäre eine Quote von 21 Prozent schon erklärt. Gemeinsam mit den Erststimmen aus dem Lager der FDP würden sie dann zu insgesamt 93 Überhangmandaten der CDU und zwölf bei der CSU führen, die in diesem Szenario von den insgesamt 299 Wahlkreisen 286 für sich entscheiden würden. Der notwendige Ausgleich dieser 93 Überhangmandate der CDU würde den Bundestag bis auf 963 Mandate aufblähen.
- Das Splittingverhalten von SPD, Linkspartei und AfD bliebe gegenüber der Bundestagswahl 2017 weitgehend unverändert.

Auch ein XXL-Bundestag mit fast 1.000 Abgeordneten benötigt beim derzeitigen Umfragetrend also keinesfalls unplausible oder von vornherein unrealistische Splittingannahmen. Im Gegenteil: Schon gut begründbare Splittingszenarien zugunsten der Union lassen die Größe des Bundestages explodieren. Das Gesamturteil für dieses Extremszenario muss deshalb lauten: Ein Bundestag mit fast 1.000 Abgeordneten wäre für seine Reputation und Arbeitsfähigkeit zwar extrem schädlich, ist aber derzeit nicht auszuschließen.

TABELLE 4 Szenario 4: Direktmandate und Sitzverteilung

BUNDESLAND	Direktmandate für die Bundestagswahl 2021 (Wahlkreisgewinner)						Sitzverteilung für die Bundestagswahl 2021 (endgültig – 963 Sitze insgesamt)					
	CDU/ CSU*	SPD	AfD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	CDU/ CSU**	SPD	AfD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE
Gesamt	286	4	1	0	2	6	295	160	104	122	71	211
Schleswig-Holstein	11 (4)	0	0	0	0	0	11	6	2	5	2	10
Mecklenburg-Vorpommern	6 (2)	0	0	0	0	0	6	3	3	2	3	2
Hamburg	3	2	0	0	0	1	3	5	1	3	2	6
Niedersachsen	29 (10)	1	0	0	0	0	29	22	7	10	5	22
Bremen	2 (1)	0	0	0	0	0	2	2	1	1	1	2
Brandenburg	10 (5)	0	0	0	0	0	10	5	6	3	5	4
Sachsen-Anhalt	9 (4)	0	0	0	0	0	9	3	5	3	4	2
Berlin	7 (2)	0	0	0	2	3	7	5	4	4	6	11
Nordrhein-Westfalen	63 (25)	1	0	0	0	0	63	44	16	31	11	43
Sachsen	15 (7)	0	1	0	0	0	15	5	14	5	7	5
Hessen	22 (10)	0	0	0	0	0	22	13	7	9	4	17
Thüringen	8 (4)	0	0	0	0	0	8	3	6	3	4	2
Rheinland-Pfalz	15 (5)	0	0	0	0	0	15	9	4	6	3	10
Bayern	46 (12)	0	0	0	0	0	55	17	15	18	7	38
Baden-Württemberg	36 (12)	0	0	0	0	2	36	15	12	18	6	35
Saarland	4 (2)	0	0	0	0	0	4	3	1	1	1	2

* Überhangmandate in Klammern (= auf Landesebene durch Zweitstimmen nicht gedeckte Direktmandate)

** Verrechnete Mandate in Klammern (= Unterschreitung der endgültigen Sitzzahl eines Landesverbands gegenüber den Ansprüchen aus der ersten Verteilstufe)

Quelle: election.de im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

ANHANG 1 Prognose der Gewinner der Direktmandate nach den vier Szenarien

WAHLKREISNUMMER/ WAHLKREIS	SZENARIO 1 – RG: 598 MANDATE	SZENARIO 2 – L: 710 MANDATE	SZENARIO 3 – XL: 857 MANDATE	SZENARIO 4 – XXL: 963 MANDATE
901 Schleswig-Holstein				
1 Flensburg – Schleswig	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU	CDU
2 Nordfriesland – Dithmarschen Nord	CDU	CDU	CDU	CDU
3 Steinburg – Dithmarschen Süd	CDU	CDU	CDU	CDU
4 Rendsburg-Eckernförde	CDU	CDU	CDU	CDU
5 Kiel	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU
6 Plön – Neumünster	B90/GRÜNE	CDU	CDU	CDU
7 Pinneberg	CDU	CDU	CDU	CDU
8 Segeberg – Stormarn-Mitte	CDU	CDU	CDU	CDU
9 Ostholstein – Stormarn-Nord	CDU	CDU	CDU	CDU
10 Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd	B90/GRÜNE	CDU	CDU	CDU
11 Lübeck	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU	CDU
913 Mecklenburg-Vorpommern				
12 Schwerin – Ludwigslust-Parchim I – Nordwestmecklenburg I	CDU	CDU	CDU	CDU
13 Ludwigslust-Parchim II – Nordwestmecklenburg II – Landkreis Rostock I	CDU	CDU	CDU	CDU
14 Rostock – Landkreis Rostock II	CDU	CDU	CDU	CDU
15 Vorpommern-Rügen – Vorpommern-Greifswald I	CDU	CDU	CDU	CDU
16 Mecklenburgische Seenplatte I – Vorpommern-Greifswald II	CDU	CDU	CDU	CDU
17 Mecklenburgische Seenplatte II – Landkreis Rostock III	CDU	CDU	CDU	CDU

Quelle: election.de im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

KURZ ERKLÄRT: Nach geltendem Wahlrecht gewinnt im Wahlkreis der/die Kandidat:in mit den meisten Erststimmen das Direktmandat (= relative Mehrheitsregel). Der Erwerb eines Direktmandates hängt damit ausschließlich von der Erststimmenverteilung im Wahlkreis ab, wird also unabhängig vom Zweitstimmenergebnis ermittelt. Das kann zu Überhangmandaten führen, die im Kontext dieser Broschüre als auf der Landesebene durch Zweitstimmen nicht gedeckter Direktmandate definiert sind. Der Erwerb eines Direktmandates ist also in besonderer Weise auch vom Splittingverhalten der Wähler:innen abhängig. Etwa ein Viertel aller Wähler:innen haben bei den letzten Bundestagswahlen mit ihrer Erststimme eine andere Partei gewählt als mit ihrer Zweitstimme, haben ihre Erst- und Zweitstimme also gesplittet. Die hier für den aktuellen Umfragetrend bei den Zweitstimmen untersuchten vier Splittingszenarien führen deshalb zu sehr unterschiedlichen Wahlkreisergebnissen. Diese Unterschiede sind im Anhang abgebildet. Er zeigt, welche Partei in welchem Szenario das jeweilige Direktmandat im Wahlkreis erwirbt.

Als durchgängiges Muster ist dabei erkennbar: Je stärker die Unionswähler:innen mit beiden Stimmen für ihre Partei stimmen, und je stärker Wähler:innen der anderen Parteien splitten und mit ihrer Erststimme für die Union stimmen, umso mehr Wahlkreise gehen an die CDU/CSU, umso mehr Überhangmandate entstehen für die Union und umso größer wird durch den proporzgerechten Ausgleich dieser Überhangmandate dann der Bundestag. Das ist „in a nutshell“ das Narrativ der vorliegenden Szenarien. Von Szenario 1 bis Szenario 4, in dem die Union schließlich auch beim derzeitigen Umfragetrend mit einem Umfrageergebnis von weniger als 30 Prozent fast alle Wahlkreise (286 von 299) gewinnt. Alleine bei der CDU fallen dann 93 von ihren insgesamt 240 Direktmandaten als Überhangmandate an, deren Ausgleich den Bundestag bis auf fast 1.000 Abgeordnete aufbläht.

ANHANG 1 Prognose der Gewinner der Direktmandate nach den vier Szenarien

WAHLKREISNUMMER/ WAHLKREIS	SZENARIO 1 – RG: 598 MANDATE	SZENARIO 2 – L: 710 MANDATE	SZENARIO 3 – XL: 857 MANDATE	SZENARIO 4 – XXL: 963 MANDATE
902 Hamburg				
18 Hamburg-Mitte	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	SPD
19 Hamburg-Altona	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE
20 Hamburg-Eimsbüttel	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU
21 Hamburg-Nord	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU
22 Hamburg-Wandsbek	SPD	SPD	SPD	CDU
23 Hamburg-Bergedorf – Harburg	SPD	SPD	SPD	SPD
903 Niedersachsen				
24 Aurich – Emden	SPD	SPD	SPD	SPD
25 Unterems	CDU	CDU	CDU	CDU
26 Friesland – Wilhelmshaven – Wittmund	SPD	SPD	SPD	CDU
27 Oldenburg – Ammerland	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU	CDU
28 Delmenhorst – Wesermarsch – Oldenburg-Land	B90/GRÜNE	CDU	CDU	CDU
29 Cuxhaven – Stade II	CDU	CDU	CDU	CDU
30 Stade I – Rotenburg II	CDU	CDU	CDU	CDU
31 Mittelems	CDU	CDU	CDU	CDU
32 Cloppenburg – Vechta	CDU	CDU	CDU	CDU
33 Diepholz – Nienburg I	CDU	CDU	CDU	CDU
34 Osterholz – Verden	CDU	CDU	CDU	CDU
35 Rotenburg I – Heidekreis	SPD	SPD	CDU	CDU
36 Harburg	B90/GRÜNE	CDU	CDU	CDU
37 Lüchow-Dannenberg – Lüneburg	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU	CDU
38 Osnabrück-Land	CDU	CDU	CDU	CDU
39 Stadt Osnabrück	B90/GRÜNE	CDU	CDU	CDU
40 Nienburg II – Schaumburg	CDU	CDU	CDU	CDU
41 Stadt Hannover I	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU	CDU
42 Stadt Hannover II	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU	CDU
43 Hannover-Land I	CDU	CDU	CDU	CDU
44 Celle – Uelzen	CDU	CDU	CDU	CDU
45 Gifhorn – Peine	SPD	CDU	CDU	CDU
46 Hameln-Pyrmont – Holzminden	SPD	SPD	CDU	CDU
47 Hannover-Land II	SPD	CDU	CDU	CDU
48 Hildesheim	B90/GRÜNE	CDU	CDU	CDU
49 Salzgitter – Wolfenbüttel	SPD	SPD	SPD	CDU
50 Braunschweig	B90/GRÜNE	SPD	CDU	CDU
51 Helmstedt – Wolfsburg	SPD	CDU	CDU	CDU
52 Goslar – Northeim – Osterode	CDU	CDU	CDU	CDU
53 Göttingen	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU	CDU
904 Bremen				
54 Bremen I	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU
55 Bremen II – Bremerhaven	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	SPD	CDU

Quelle: election.de im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

ANHANG 1 Prognose der Gewinner der Direktmandate nach den vier Szenarien

WAHLKREISNUMMER/ WAHLKREIS	SZENARIO 1 – RG: 598 MANDATE	SZENARIO 2– L: 710 MANDATE	SZENARIO 3 – XL: 857 MANDATE	SZENARIO 4 – XXL: 963 MANDATE
912 Brandenburg				
56 Prignitz – Ostprignitz-Ruppin – Havelland I	CDU	CDU	CDU	CDU
57 Uckermark – Barnim I	CDU	CDU	CDU	CDU
58 Oberhavel – Havelland II	CDU	CDU	CDU	CDU
59 Märkisch-Oderland – Barnim II	CDU	CDU	CDU	CDU
60 Brandenburg an der Havel – Potsdam-Mittelmark I – Havelland III – Teltow-Fläming I	CDU	CDU	CDU	CDU
61 Potsdam – Potsdam-Mittelmark II – Teltow-Fläming II	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU	CDU
62 Dahme-Spreewald – Teltow-Fläming III – Oberspreewald-Lausitz I	CDU	CDU	CDU	CDU
63 Frankfurt (Oder) – Oder-Spree	CDU	CDU	CDU	CDU
64 Cottbus – Spree-Neiße	AfD	CDU	CDU	CDU
65 Elbe-Elster – Oberspreewald-Lausitz II	CDU	CDU	CDU	CDU
915 Sachsen-Anhalt				
66 Altmark	CDU	CDU	CDU	CDU
67 Börde – Jerichower Land	CDU	CDU	CDU	CDU
68 Harz	CDU	CDU	CDU	CDU
69 Magdeburg	CDU	CDU	CDU	CDU
70 Dessau – Wittenberg	CDU	CDU	CDU	CDU
71 Anhalt	CDU	CDU	CDU	CDU
72 Halle	CDU	CDU	CDU	CDU
73 Burgenland – Saalekreis	CDU	CDU	CDU	CDU
74 Mansfeld	CDU	CDU	CDU	CDU
911 Berlin				
75 Berlin-Mitte	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE
76 Berlin-Pankow	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE
77 Berlin-Reinickendorf	B90/GRÜNE	CDU	CDU	CDU
78 Berlin-Spandau – Charlottenburg Nord	B90/GRÜNE	CDU	CDU	CDU
79 Berlin-Steglitz-Zehlendorf	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU	CDU
80 Berlin-Charlottenburg-Wilmersdorf	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU
81 Berlin-Tempelhof-Schöneberg	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU
82 Berlin-Neukölln	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU
83 Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg – Prenzlauer Berg Ost	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE
84 Berlin-Treptow-Köpenick	DIE LINKE	DIE LINKE	DIE LINKE	DIE LINKE
85 Berlin-Marzahn-Hellersdorf	DIE LINKE	DIE LINKE	DIE LINKE	CDU
86 Berlin-Lichtenberg	DIE LINKE	DIE LINKE	DIE LINKE	DIE LINKE

Quelle: election.de im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

ANHANG 1 Prognose der Gewinner der Direktmandate nach den vier Szenarien

WAHLKREISNUMMER/ WAHLKREIS	SZENARIO 1 – RG: 598 MANDATE	SZENARIO 2 – L: 710 MANDATE	SZENARIO 3 – XL: 857 MANDATE	SZENARIO 4 – XXL: 963 MANDATE
905 Nordrhein-Westfalen				
87 Aachen I	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU	CDU
88 Aachen II	SPD	CDU	CDU	CDU
89 Heinsberg	CDU	CDU	CDU	CDU
90 Düren	CDU	CDU	CDU	CDU
91 Rhein-Erft-Kreis I	CDU	CDU	CDU	CDU
92 Euskirchen – Rhein-Erft-Kreis II	CDU	CDU	CDU	CDU
93 Köln I	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU	CDU
94 Köln II	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU	CDU
95 Köln III	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU
96 Bonn	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU	CDU
97 Rhein-Sieg-Kreis I	CDU	CDU	CDU	CDU
98 Rhein-Sieg-Kreis II	CDU	CDU	CDU	CDU
99 Oberbergischer Kreis	CDU	CDU	CDU	CDU
100 Rheinisch-Bergischer Kreis	CDU	CDU	CDU	CDU
101 Leverkusen – Köln IV	SPD	SPD	CDU	CDU
102 Wuppertal I	B90/GRÜNE	CDU	CDU	CDU
103 Solingen – Remscheid – Wuppertal II	CDU	CDU	CDU	CDU
104 Mettmann I	CDU	CDU	CDU	CDU
105 Mettmann II	CDU	CDU	CDU	CDU
106 Düsseldorf I	CDU	CDU	CDU	CDU
107 Düsseldorf II	B90/GRÜNE	CDU	CDU	CDU
108 Neuss I	CDU	CDU	CDU	CDU
109 Mönchengladbach	CDU	CDU	CDU	CDU
110 Krefeld I – Neuss II	CDU	CDU	CDU	CDU
111 Viersen	CDU	CDU	CDU	CDU
112 Kleve	CDU	CDU	CDU	CDU
113 Wesel I	CDU	CDU	CDU	CDU
114 Krefeld II – Wesel II	CDU	CDU	CDU	CDU
115 Duisburg I	SPD	SPD	SPD	CDU
116 Duisburg II	SPD	SPD	SPD	CDU
117 Oberhausen – Wesel III	SPD	SPD	SPD	CDU
118 Mülheim – Essen I	SPD	CDU	CDU	CDU
119 Essen II	SPD	SPD	SPD	CDU
120 Essen III	B90/GRÜNE	CDU	CDU	CDU
121 Recklinghausen I	SPD	SPD	SPD	CDU
122 Recklinghausen II	SPD	SPD	CDU	CDU
123 Gelsenkirchen	SPD	SPD	SPD	CDU
124 Steinfurt I – Borken I	CDU	CDU	CDU	CDU
125 Bottrop – Recklinghausen III	SPD	CDU	CDU	CDU
126 Borken II	CDU	CDU	CDU	CDU
127 Coesfeld – Steinfurt II	CDU	CDU	CDU	CDU
128 Steinfurt III	CDU	CDU	CDU	CDU

Quelle: election.de im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

ANHANG 1 **Prognose der Gewinner der Direktmandate nach den vier Szenarien**

WAHLKREISNUMMER/ WAHLKREIS	SZENARIO 1 – RG: 598 MANDATE	SZENARIO 2 – L: 710 MANDATE	SZENARIO 3 – XL: 857 MANDATE	SZENARIO 4 – XXL: 963 MANDATE
129	Münster	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU
130	Warendorf	CDU	CDU	CDU
131	Gütersloh I	CDU	CDU	CDU
132	Bielefeld – Gütersloh II	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU
133	Herford – Minden-Lübbecke II	CDU	CDU	CDU
134	Minden-Lübbecke I	SPD	CDU	CDU
135	Lippe I	CDU	CDU	CDU
136	Höxter – Gütersloh III – Lippe II	CDU	CDU	CDU
137	Paderborn	CDU	CDU	CDU
138	Hagen – Ennepe-Ruhr-Kreis I	SPD	SPD	CDU
139	Ennepe-Ruhr-Kreis II	B90/GRÜNE	CDU	CDU
140	Bochum I	B90/GRÜNE	SPD	SPD
141	Herne – Bochum II	SPD	SPD	SPD
142	Dortmund I	SPD	SPD	CDU
143	Dortmund II	SPD	SPD	CDU
144	Unna I	SPD	SPD	CDU
145	Hamm – Unna II	SPD	CDU	CDU
146	Soest	CDU	CDU	CDU
147	Hochsauerlandkreis	CDU	CDU	CDU
148	Siegen-Wittgenstein	CDU	CDU	CDU
149	Olpe – Märkischer Kreis I	CDU	CDU	CDU
150	Märkischer Kreis II	CDU	CDU	CDU
914	Sachsen			
151	Nordsachsen	CDU	CDU	CDU
152	Leipzig I	CDU	CDU	CDU
153	Leipzig II	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU
154	Leipzig-Land	CDU	CDU	CDU
155	Meißen	CDU	CDU	CDU
156	Bautzen I	AfD	AfD	CDU
157	Görlitz	AfD	AFD	CDU
158	Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	AfD	AFD	AfD
159	Dresden I	B90/GRÜNE	CDU	CDU
160	Dresden II – Bautzen II	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU
161	Mittelsachsen	AfD	AfD	CDU
162	Chemnitz	AfD	CDU	CDU
163	Chemnitzer Umland – Erzgebirgs- kreis II	CDU	CDU	CDU
164	Erzgebirgskreis I	AfD	CDU	CDU
165	Zwickau	CDU	CDU	CDU
166	Vogtlandkreis	CDU	CDU	CDU

Quelle: election.de im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

ANHANG 1 Prognose der Gewinner der Direktmandate nach den vier Szenarien

WAHLKREISNUMMER/ WAHLKREIS	SZENARIO 1 – RG: 598 MANDATE	SZENARIO 2 – L: 710 MANDATE	SZENARIO 3 – XL: 857 MANDATE	SZENARIO 4 – XXL: 963 MANDATE
906 Hessen				
167 Waldeck	SPD	CDU	CDU	CDU
168 Kassel	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	SPD	CDU
169 Werra-Meißner – Hersfeld-Rotenburg	SPD	SPD	SPD	CDU
170 Schwalm-Eder	SPD	SPD	SPD	CDU
171 Marburg	SPD	CDU	CDU	CDU
172 Lahn-Dill	CDU	CDU	CDU	CDU
173 Gießen	B90/GRÜNE	CDU	CDU	CDU
174 Fulda	CDU	CDU	CDU	CDU
175 Main-Kinzig – Wetterau II – Schotten	CDU	CDU	CDU	CDU
176 Hochtaunus	B90/GRÜNE	CDU	CDU	CDU
177 Wetterau I	B90/GRÜNE	CDU	CDU	CDU
178 Rheingau-Taunus – Limburg	CDU	CDU	CDU	CDU
179 Wiesbaden	B90/GRÜNE	CDU	CDU	CDU
180 Hanau	CDU	CDU	CDU	CDU
181 Main-Taunus	CDU	CDU	CDU	CDU
182 Frankfurt am Main I	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU	CDU
183 Frankfurt am Main II	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU	CDU
184 Groß-Gerau	CDU	CDU	CDU	CDU
185 Offenbach	B90/GRÜNE	CDU	CDU	CDU
186 Darmstadt	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU
187 Odenwald	B90/GRÜNE	CDU	CDU	CDU
188 Bergstraße	CDU	CDU	CDU	CDU
916 Thüringen				
189 Eichsfeld – Nordhausen – Kyffhäuserkreis	CDU	CDU	CDU	CDU
190 Eisenach – Wartburgkreis – Unstrut-Hainich-Kreis	CDU	CDU	CDU	CDU
191 Jena – Sömmerda – Weimarer Land I	CDU	CDU	CDU	CDU
192 Gotha – Ilm-Kreis	CDU	CDU	CDU	CDU
193 Erfurt – Weimar – Weimarer Land II	B90/GRÜNE	CDU	CDU	CDU
194 Gera – Greiz – Altenburger Land	AfD	CDU	CDU	CDU
195 Saalfeld-Rudolstadt – Saale-Holz- land-Kreis – Saale-Orla-Kreis	CDU	CDU	CDU	CDU
196 Suhl – Schmalkalden-Meiningen – Hildburghausen – Sonneberg	CDU	CDU	CDU	CDU

Quelle: election.de im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

ANHANG 1 Prognose der Gewinner der Direktmandate nach den vier Szenarien

WAHLKREISNUMMER/ WAHLKREIS	SZENARIO 1 – RG: 598 MANDATE	SZENARIO 2 – L: 710 MANDATE	SZENARIO 3 – XL: 857 MANDATE	SZENARIO 4 – XXL: 963 MANDATE
907 Rheinland-Pfalz				
197 Neuwied	CDU	CDU	CDU	CDU
198 Ahrweiler	CDU	CDU	CDU	CDU
199 Koblenz	CDU	CDU	CDU	CDU
200 Mosel/Rhein-Hunsrück	CDU	CDU	CDU	CDU
201 Kreuznach	CDU	CDU	CDU	CDU
202 Bitburg	CDU	CDU	CDU	CDU
203 Trier	CDU	CDU	CDU	CDU
204 Montabaur	CDU	CDU	CDU	CDU
205 Mainz	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU	CDU
206 Worms	CDU	CDU	CDU	CDU
207 Ludwigshafen/Frankenthal	CDU	CDU	CDU	CDU
208 Neustadt – Speyer	CDU	CDU	CDU	CDU
209 Kaiserslautern	SPD	CDU	CDU	CDU
210 Pirmasens	CDU	CDU	CDU	CDU
211 Südpfalz	CDU	CDU	CDU	CDU
909 Bayern				
212 Altötting	CSU	CSU	CSU	CSU
213 Erding – Ebersberg	CSU	CSU	CSU	CSU
214 Freising	CSU	CSU	CSU	CSU
215 Fürstenfeldbruck	CSU	CSU	CSU	CSU
216 Ingolstadt	CSU	CSU	CSU	CSU
217 München-Nord	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CSU	CSU
218 München-Ost	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CSU	CSU
219 München-Süd	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CSU	CSU
220 München-West/Mitte	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CSU
221 München-Land	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CSU	CSU
222 Rosenheim	CSU	CSU	CSU	CSU
223 Bad Tölz-Wolfratshausen – Miesbach	B90/GRÜNE	CSU	CSU	CSU
224 Starnberg – Landsberg am Lech	B90/GRÜNE	CSU	CSU	CSU
225 Traunstein	CSU	CSU	CSU	CSU
226 Weilheim	CSU	CSU	CSU	CSU
227 Deggendorf	CSU	CSU	CSU	CSU
228 Landshut	CSU	CSU	CSU	CSU
229 Passau	CSU	CSU	CSU	CSU
230 Rottal-Inn	CSU	CSU	CSU	CSU
231 Straubing	CSU	CSU	CSU	CSU
232 Amberg	CSU	CSU	CSU	CSU
233 Regensburg	B90/GRÜNE	CSU	CSU	CSU
234 Schwandorf	CSU	CSU	CSU	CSU
235 Weiden	CSU	CSU	CSU	CSU
236 Bamberg	CSU	CSU	CSU	CSU
237 Bayreuth	CSU	CSU	CSU	CSU

Quelle: election.de im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

ANHANG 1 Prognose der Gewinner der Direktmandate nach den vier Szenarien

WAHLKREISNUMMER/ WAHLKREIS	SZENARIO 1 – RG: 598 MANDATE	SZENARIO 2 – L: 710 MANDATE	SZENARIO 3 – XL: 857 MANDATE	SZENARIO 4 – XXL: 963 MANDATE
238	Coburg	CSU	CSU	CSU
239	Hof	CSU	CSU	CSU
240	Kulmbach	CSU	CSU	CSU
241	Ansbach	CSU	CSU	CSU
242	Erlangen	B90/GRÜNE	CSU	CSU
243	Fürth	B90/GRÜNE	CSU	CSU
244	Nürnberg-Nord	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CSU
245	Nürnberg-Süd	B90/GRÜNE	CSU	CSU
246	Roth	CSU	CSU	CSU
247	Aschaffenburg	CSU	CSU	CSU
248	Bad Kissingen	CSU	CSU	CSU
249	Main-Spessart	CSU	CSU	CSU
250	Schweinfurt	CSU	CSU	CSU
251	Würzburg	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CSU
252	Augsburg-Stadt	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CSU
253	Augsburg-Land	CSU	CSU	CSU
254	Donau-Ries	CSU	CSU	CSU
255	Neu-Ulm	CSU	CSU	CSU
256	Oberallgäu	CSU	CSU	CSU
257	Ostallgäu	CSU	CSU	CSU
908	Baden-Württemberg			
258	Stuttgart I	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE
259	Stuttgart II	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU
260	Böblingen	B90/GRÜNE	CDU	CDU
261	Esslingen	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU
262	Nürtingen	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU
263	Göppingen	B90/GRÜNE	CDU	CDU
264	Waiblingen	B90/GRÜNE	CDU	CDU
265	Ludwigsburg	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU
266	Neckar-Zaber	B90/GRÜNE	CDU	CDU
267	Heilbronn	CDU	CDU	CDU
268	Schwäbisch Hall – Hohenlohe	B90/GRÜNE	CDU	CDU
269	Backnang – Schwäbisch Gmünd	B90/GRÜNE	CDU	CDU
270	Aalen – Heidenheim	CDU	CDU	CDU
271	Karlsruhe-Stadt	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE
272	Karlsruhe-Land	B90/GRÜNE	CDU	CDU
273	Rastatt	CDU	CDU	CDU
274	Heidelberg	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE
275	Mannheim	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU
276	Odenwald – Tauber	CDU	CDU	CDU
277	Rhein-Neckar	CDU	CDU	CDU
278	Bruchsal – Schwetzingen	CDU	CDU	CDU
279	Pforzheim	B90/GRÜNE	CDU	CDU

Quelle: election.de im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

ANHANG 1 **Prognose der Gewinner der Direktmandate nach den vier Szenarien**

WAHLKREISNUMMER/ WAHLKREIS	SZENARIO 1 – RG: 598 MANDATE	SZENARIO 2 – L: 710 MANDATE	SZENARIO 3 – XL: 857 MANDATE	SZENARIO 4 – XXL: 963 MANDATE
280 Calw	CDU	CDU	CDU	CDU
281 Freiburg	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE
282 Lörrach – Müllheim	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU	CDU
283 Emmendingen – Lahr	B90/GRÜNE	CDU	CDU	CDU
284 Offenburg	CDU	CDU	CDU	CDU
285 Rottweil – Tuttlingen	CDU	CDU	CDU	CDU
286 Schwarzwald-Baar	CDU	CDU	CDU	CDU
287 Konstanz	B90/GRÜNE	CDU	CDU	CDU
288 Waldshut	B90/GRÜNE	CDU	CDU	CDU
289 Reutlingen	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU	CDU
290 Tübingen	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU
291 Ulm	B90/GRÜNE	CDU	CDU	CDU
292 Biberach	B90/GRÜNE	CDU	CDU	CDU
293 Bodensee	B90/GRÜNE	CDU	CDU	CDU
294 Ravensburg	B90/GRÜNE	B90/GRÜNE	CDU	CDU
295 Zollernalb – Sigmaringen	B90/GRÜNE	CDU	CDU	CDU
910 Saarland				
296 Saarbrücken	CDU	CDU	CDU	CDU
297 Saarlouis	CDU	CDU	CDU	CDU
298 St. Wendel	CDU	CDU	CDU	CDU
299 Homburg	CDU	CDU	CDU	CDU

Quelle: election.de im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Methodischer Anhang

Um eine realistische Berechnung der Sitzverteilung in den Ländern und damit der Bundestagsgröße insgesamt zu erhalten, ist eine Projektion des Umfragetrends auf der Bundesebene auf die Länder und Wahlkreise erforderlich. Für diese Ebenen liegen aber in der Regel keine oder nur wenige und in der Fläche kaum aussagefähige demoskopische Messungen vor. Daher verfolgt der im Auftrag der Bertelsmann Stiftung von election.de kuratierte #Mandaterechner einen datengestützten Ansatz, der auf dem langfristigen regionalen Wahlverhalten und dem statistisch belegten sehr engen Zusammenhang zwischen der Abgabe der Erst- und Zweitstimmen aufbaut.

Die Analyse kleinräumiger Ergebnisse der letzten Jahrzehnte zeigt dabei, dass sich regionale Stärken und Schwächen der Parteien nur geringfügig und sehr langfristig ändern. Den ersten Ansatz für die Schätzung der Wahlergebnisse in den Ländern und Wahlkreisen bildet daher eine Trendberechnung, die den zu erwartenden Gesamttrend für eine Partei in den regionalen Einheiten abbildet. Analysen von mehr als 100.000 Einzelergebnissen auf kleinräumiger Ebene bei Bundestags-, Landtags- und Europawahlen seit 1949 sind die Grundlage für das entsprechende Rechenmodell, das eine konstante Komponente (Differenz zum bisherigen Ergebnis) und eine lineare Komponente (Faktor im Vergleich zum bisherigen Ergebnis) in jedem Gebiet individuell kombiniert. Als Ergebnis der Trendprojektion weichen die Summen über alle Parteien zum Teil deutlich vom bisherigen Stand im jeweiligen Gebiet ab oder erreichen unrealistische Werte größer als 100. Hier sind dann entsprechend den statistischen Standards Korrekturen notwendig. Außerdem muss das gewichtete Gesamtergebnis aller Bundesländer und Wahlkreise wieder dem im ersten Schritt angenommenen Bundesergebnis entsprechen. Um beides zu erreichen werden Gewichtungen vorgenommen.

Zur Ermittlung des Zusammenhangs zwischen Erst- und Zweitstimme unternimmt der Bundeswahlleiter bei jeder Wahl eine repräsentative Untersuchung des Wahlverhaltens, die auch das Splittingverhalten untersucht. Bei der Bundestagswahl 2017 wurde etwa ein Viertel der Stimmen gesplittet. Die Werte bei den Wahlen 2013 und 2009 waren in etwa gleich hoch. Realistische Annahmen zum Splitting-Verhalten bei einer Bundestagswahl sind damit ein entscheidender Faktor bei der Projektion der Wahlergebnisse und Berechnung der resultierenden Bundestagsgröße.

Besonders prominente oder lokal angesehene Abgeordnete können Erststimmen-Ergebnisse erzielen, die deutlich über die Zweitstimmen-Werte ihrer Partei hinausgehen. Sie übertreffen dann den theoretisch anzunehmenden Wert deutlich, was entsprechend in einer realistischen Projektion berücksichtigt werden muss. Auch andere regionale Besonderheiten, die sich in den Ergebnissen der Wahlen auf kommunaler Ebene zeigen, spielen eine Rolle und finden Berücksichtigung.

Mit jeder Aktualisierung des Umfragetrends fließen laufend neue Erkenntnisse über regionale Trends, Kandidaturen und Gewichtungen in die Projektion ein. Es wird also mit jedem Update des #Mandaterechner ein neues Datengerüst errichtet. Daher ergeben identisch eingegebene Umfragewerte für die bundesweiten Zweitstimmen in der Regel nicht exakt dieselbe Sitzverteilung wie in früheren Versionen des #Mandaterechner.

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Dr. Robert Vehrkamp
Programm Zukunft der Demokratie
Telefon +49 30 275788-135
Fax +49 5241 81-681526
robert.vehrkamp@bertelsmann-stiftung.de

Christina Tillmann
Programm Zukunft der Demokratie
Telefon +49 5241 81-81335
Fax +49 5241 81-681335
christina.tillmann@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de